

AKDB REPORT

Das Magazin für kommunale Verwaltungen und Unternehmen

03 | 2020 33. Jahrgang



**Register-
modernisierung**

Gastbeitrag
von Bundes-CIO
Dr. Markus Richter

Bessere Wartung


Wie Hammelburg den
TERA Gebäudemanager nutzt.

Schnellere Umsetzung

Wie Münsing sich
DSGVO-konform aufgestellt hat.

Leichter Umtausch

Wie ein Online-Dienst
Führerscheinstellen entlastet.



»Also, ich sehe, dass jeder
jedem hilft.«

Einer
für
Alle

Und was sehen Sie? Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, die bei der OZG-Umsetzung Kräfte bündeln, sind stärker.

Der neue Einer-für-Alle-Ansatz der AKDB

Eine OZG-Umsetzung bis 2022? Das geht! Wenn jeder jedem hilft. Durch nachnutzbare Online-Dienste nach dem Einer-für-Alle/Viele-Prinzip: Wir entwickeln nur mit Open-Source und nutzen modernste Containertechnologie. Das macht unsere Online-Dienste frei gestalt- und in jede Website integrierbar. Das Beste: Sie werden nach dem Efa-Prinzip vom Bund gefördert. Und stärken die digitale Souveränität Ihrer IT.

*Möglichkeiten
überall*



Neugierig? Mehr Infos erhalten Sie im
Whitepaper „Nachnutzbarkeit von
OZG-Diensten“ auf akdb.de/efa

akdb



Liebe Leserinnen und Leser,

**„Viele
Verwaltungen
erkannten den
Nachholbedarf
in puncto
Digitalisierung
und stellten
immer mehr
Dienstleistungen
online zur
Verfügung.“**

das Jahr 2020 neigt sich seinem Ende zu. Endlich, ist man versucht zu sagen, verbunden mit der Hoffnung auf ein besseres 2021 – angesichts der großen Herausforderungen für uns alle, für Bürgerinnen und Bürger, für Familien und Schulen, für Wirtschaft und Verwaltungen.

Schon im ersten Lockdown dieses Frühjahr erkannten viele Verwaltungen den Nachholbedarf in puncto Digitalisierung und stellten im weiteren Jahresverlauf immer mehr Dienstleistungen online zur Verfügung. Ja, ausgerechnet Corona hat dazu beigetragen, diesen Weg zu ebnen. Gesetzgeber und IT-Dienstleister wie die AKDB unterstützen dabei so gut, so schnell und so umfassend wie möglich. Mit zahlreichen Produkten und Neuentwicklungen in allen Bereichen der kommunalen IT und des E-Governments sowie durch aktive Beteiligung an bundesweiten Projekten und Initiativen.

So stellt die AKDB in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg Online-Dienste nach dem „Einer für Alle/Viele“-Prinzip bereit, womit in der Folge Lösungen, Methoden und Prozesse auch in anderen Bundesländern genutzt werden können. Lesen Sie mehr über dieses interessante Nachnutzbarkeitsmodell auf Seite 12.

Auch das OZG-Förderprogramm „Digitales Rathaus“ des Freistaats Bayern forciert die digitale Entwicklung in Kommunen. Digitalisierung lohnt sich also durchaus – insgesamt mehr als 1.400 Online-Dienste der AKDB werden über dieses Programm mit bis zu 90 Prozent gefördert, mehr dazu ab Seite 22.

Der sichere und transparente Umgang mit Daten und Informationen wird in einer digitalen Welt insbesondere für Kommunen immer wichtiger. Die AKDB beteiligt sich deshalb an der neuen Data-Intelligence-Beratungsfirma roosi GmbH. Ab Seite 24 lesen Sie ein Interview mit Geschäftsführer Ralf Pichl zu den spannenden Themen KI und Data Analytics.

Alles wird digitaler: Vielleicht ist Ihnen schon die elektronische Ergänzung unseres Print-Reports auf unserer Website aufgefallen. Dort finden Sie noch mehr aktuelle Kundenstories, Hintergrundberichte, Interviews, Vortragsaufzeichnungen und bald auch Videos. Schauen Sie einfach mal rein, unter www.akdb.de/ereport.

Die Art, wie Kommunen zukünftig arbeiten, ändert sich, zusätzlich befeuert durch Corona, rasant. Smart City, Automatisierung von Verwaltungsprozessen, Cloud-Plattformen, Chatbots ... Damit wir Sie bestmöglich bei der digitalen Transformation begleiten und punktgenaue Lösungen bieten können, werden wir uns für diese neue Marktdynamik neu ausrichten – um für Sie noch besser zu werden. Nähere Informationen erhalten Sie in Kürze, seien Sie gespannt!

Eine inspirierende Lektüre, ein friedliches und frohes Weihnachtsfest sowie ein glückliches, gesundes neues Jahr wünschen Ihnen und Ihren Familien

Rudolf Schleyer
Vorstandsvorsitzender der AKDB

Gudrun Aschenbrenner
Mitglied des Vorstands



MESSEN & VERANSTALTUNGEN

- 8** **Digital ist das neue Normal!**
Digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird neuer Servicestandard.

NEWS

- 6** **Erstmals virtuell**
Gremien-Sitzungen der AKDB
Online-Verwaltungsleistungen im Kommen
Drei Studien, eine Aussage
- 7** **Für die Personalarbeit der Zukunft**
perbit Software GmbH und AKDB mit Vertriebspartnervertrag
„Die E-Akte ist wunderbar!“
Staatsministerin Dorothee Bär in Theres

KUNDEN & LÖSUNGEN

- 20** **Durch das Jahr 2020 mit dem Nutzerkonto Bund**
Wegweisende E-Government-Komponente für Deutschland
- 22** **Förderprogramm und Corona forcieren die Digitalisierung**
Über 1.400 Online-Dienste für das OZG
- 24** **Daten zum Sprechen bringen**
AKDB beteiligt sich an Data-Intelligence-Beratungsfirma roosi GmbH
- 26** **Die kommunale Finanz-Software der Zukunft**
Neuentwicklung im AKDB-Finanzwesen
- 30** **Alle Gebäude nur einen Klick entfernt**
Hammelburg nutzt die TERA Manager der AKDB
- 32** **In 60 Tagen durch die DSGVO**
Datenschutz bei der Gemeinde Münsing



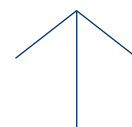
18



Immer gut informiert:

Der Newsletter „AKDB aktuell“ bietet alles Wissenswerte rund um die kommunale IT.

Jetzt anmelden unter
www.akdb.de/newsletter



RECHT & VERWALTUNG

- 12** Mit Vollgas und „EfA“ das OZG umsetzen!
Erster nachnutzbarer Fachdienst in Kooperation mit Brandenburg
- 14** Goodbye „rosa Lappen“
Digitaler Führerscheinumtausch
- 28** MS Office 365 im kommunalen Einsatz
Innovationsstiftung Bayerische Kommune veröffentlicht Gutachten

GASTBEITRAG

- 16** Bundes-CIO Dr. Markus Richter
Schub aus dem Backend:
Registermodernisierung für die Digitalisierung

eREPORT

- 18** Willkommen in der digitalen Dimension!
AKDB-Report jetzt auch online als eREPORT!

PERSÖNLICH

- 33** Nachgefragt
Dr. Christina Schanzleh stellt sich vor

STANDARDS

- 3** Editorial
Rudolf Schleyer und
Gudrun Aschenbrenner
- 35** Vorschau
Themen der Ausgabe 01|2021

Impressum

Erstmals virtuell durchgeführt

Gremien-Sitzungen der AKDB

Am 27.11.2020 tagten coronabedingt Verwaltungsrat und Hauptversammlung der AKDB erstmals digital. Hierfür war im Vorfeld eine Satzungsänderung notwendig, um insbesondere die im Zuge der Kommunalwahl notwendigen Neuwahlen ordnungsgemäß durchführen zu können. Die Stimmabgabe der Gremien-Mitglieder erfolgte unkompliziert über die Chatfunktion des eingesetzten Videotools.

Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr wurde als Vorsitzender des Verwaltungsrates wiedergewählt. Auch der erste Stellvertreter, Landrat Erwin Schneider (Altötting), sowie der zweite Stellvertreter, Dr. Franz Dirnberger vom Bayerischen Gemeindetag, wurden im Amt bestätigt.

In der Hauptversammlung gibt es ebenfalls keine Änderungen bei Vorsitz und Stellvertretern. Das Gremium wird weiterhin von Germerings Oberbürgermeister Andreas Haas geleitet. Erster und zweiter Stellvertreter bleiben der Erste Bürgermeister Thomas Zwingel (Zirndorf) bzw. Bezirkstagspräsident Josef Mederer (Oberbayern).

Zur Hälfte neu setzt sich hingegen der Rechnungsprüfungsausschuss zusammen. Landrat Thomas Bold (Bad Kissingen, Bayerischer Landkreistag) wurde als Vorsitzender bestätigt. Stellvertretender Bezirkstagspräsident Rainer Schneider (Oberbayern) bleibt ebenfalls Mitglied. Neue Mitglieder sind der Erste Bürgermeister Armin Holderried (Mauerstetten, Bayerischer Gemeindetag) und die Erste Bürgermeisterin Susanne Tausendfreund (Pullach, Bayerischer Städtetag). ■

Drei Studien, eine Aussage:

Online-Verwaltungsleistungen im Kommen



Digitalverband Bitkom, Initiative D21 und Next:Public – drei aktuelle, repräsentative Umfragen zum Stand der Verwaltungsdigitalisierung bestätigen: Angebot und Nutzung von Online-Verwaltungsleistungen verzeichnen einen entscheidenden Anstieg.

Nach der **Bitkom-Umfrage** sind zwei Drittel der Bürger sicher: Die Coronakrise hat die Verwaltungsdigitalisierung kräftig angeschoben, ebenso viele trauen ihrer Kommunalverwaltung einen kompetenten Umgang mit Digitalthemen zu. Die Bitkom-Umfrage ergab auch eine gesteigerte Nachfrage für Familienleistungen: Über 90 Prozent der Befragten wünschen sich Online-Lösungen für Kitas und Schulen.

Diese Ergebnisse decken sich mit dem diesjährigen **eGovernment MONITOR**, herausgegeben von der Initiative D21 und der TU München. Demnach erklären rund 97 Prozent der Befragten, dass sie mindestens einen Online-Dienst ihrer Verwaltung kennen. 75 Prozent wollen in Zukunft mehr Behördengänge online durchführen.

Große Unterschiede zwischen Bundesländern

Die Studie „Verwaltung in Krisenzeiten“ von der **Beratungsagentur Next:Public** in Zusammenarbeit mit der **Hertie School of Governance** bestätigt einen Anstieg der Nutzung von Online-Angeboten. Besonders zufrieden mit der Funktionsfähigkeit ihrer Verwaltung in Krisenzeiten sind Bürger in Hamburg, Bremen und Bayern. ■

Weitere Informationen
im eREPORT:
www.akdb.de/ereport1



perbit Software GmbH und AKDB schließen Partnerschaft

Für die Personalarbeit der Zukunft

Die strategische Personalarbeit wird auch für Kommunen immer wichtiger. Mit der perbit Software GmbH hat die AKDB nun eine neue Zusammenarbeit beschlossen, um ihre kommunalen Kunden im Bereich Personalwirtschaft weiterhin optimal zu unterstützen.

Kundenumfragen haben gezeigt, dass durch die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie durch den demografischen Wandel die Handlungsfelder Employer Branding, Recruiting und Performance- und Talentmanagement immer wichtiger werden. Vor allem für diese strategischen Personalaufgaben bietet die AKDB zukünftig ihren Kunden das Produkt perbit.insight an. Im Zusam-

menspiel mit der Software OK.PWS für die Personalabrechnung – bei über 4.000 Kunden im Einsatz – unterstützt die AKDB nun sowohl Personalabrechner als auch HR-Manager optimal bei ihrer Aufgabenerledigung in den Verwaltungen. ■



Staatsministerin Dorothee Bär in Theres

„Die E-Akte ist wunderbar!“

Mit dem TERA Ressourcenmanager und der App TERAmobil managt die VG Theres in Unterfranken Auftragsmanagement und Erfassungsprozess komplett digital und transparent: Die Verantwortlichen sehen sofort, welcher Auftrag an Bauhof und Wasserzweckverband wann ausgeführt wurde. Davon überzeugte sich die Bundesbeauftragte für Digitalisierung, Staatsministerin Dorothee Bär, bei einem Besuch in der Kommune persönlich.

Die neuen digitalen Lösungen der AKDB entlasten die Verwaltungsmitarbeiter im Bauhof der Verwaltungsgemeinschaft spürbar, sie haben mehr Zeit für ihre Kernaufgaben.

Begeistert zeigte sich Staatsministerin Dorothee Bär bei ihrem Besuch: „Die Gemeinde Theres macht mit dem Bauhof die gesamte Abwicklung der Verwaltung digital. Alle Bauhofmitarbeiter lieben die digitale Dokumentation.“ In ihrem Instagram-Post zitiert Bär einen Mitarbeiter aus Theres: „Die E-Akte ist wunderbar!“

Das neue System haben die Beschäftigten schnell angenommen, die alten Zettel vermisst niemand mehr. Auch die AKDB schätzt die gute Zusammenarbeit mit der VG. „Wir entwickeln als führender kommunaler IT-Dienstleister in Bayern Produkte für den Kunden mit dem Kunden. Unsere Produktplaner und Entwickler lassen die Erfahrungswerte der Kunden in neue Software-Lösungen mit einfließen,“ ergänzte Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des AKDB-Vorstands. ■



Digitalisierung in Theres: Mitarbeiter des Bauhofes, VG-Vorsitzender und Bürgermeister Theres, Matthias Schneider (3. v. l.), Ludwig Hahn, Kassenverwalter, stellv. EDV-Beauftragter (5. v. l.), Staatsministerin für Digitales in Berlin, Dorothee Bär (Bildmitte), MdL Steffen Vogel (für den Stimmkreis Haßberge, Rhön-Grabfeld; 3. v. r.) sowie rechts Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner und Christian Gäb, beide AKDB.

Digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird neuer Servicestandard

Digital ist das neue Normal!

Eine der zentralen Botschaften des 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 lautete: Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird zum neuen Servicestandard. Millionen Online-Transaktionen machen immer deutlicher, wie Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte spürbar entlastet werden können.

Wie in den Vorjahren wurde auch das **4. AKDB Kommunalforum** ein voller Erfolg. Neu in diesem Jahr war, angesichts der Umstände, die komplette Durchführung im Livestream. Über 1.300 Teilnehmer aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung – mit einem deutlichen Zuwachs an außerbayerischen Gästen – holten sich in Vorträgen, Foren, Livechats und virtuellen Showrooms Inspirationen, Best-Practice-Beispiele und Lösungen für die Digitalisierung in Kommunen.

Hoffnungsschimmer in der Pandemie

Die Veranstaltung stand natürlich ganz im Zeichen der Pandemie und der Frage, wie Covid-19 die Verwaltungsarbeit verändert. Wichtige Themen waren aber unter anderem auch der Einsatz künstlicher Intelligenz in Kommunen, unterschiedlichste Digitalisierungsstrategien sowie die aktuelle Datenschutz- und Datensicherheitslage in Deutschland. „Der digitale Weg zum Amt muss künftig so schnell und sicher sein wie ein Online-Shopping“, fasste etwa Bayerns Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, in ihrem Videogrußwort die Konsequenzen der Krise und die Erwartungen der Bürger zusammen: „Die Digitalisierung macht nicht halt vor Rathäusern und Behörden.“ Gerlach bedankte sich bei der

Die Krise bringt eine erhöhte Bereitschaft für die Digitalisierung von Infrastruktur und Verwaltung mit sich. Diskussion auf dem AKDB Kommunalforum.





AKDB, dass sie auch in Coronazeiten dieses „kommunale Familientreffen“ möglich gemacht habe.

Auch AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer hob hervor, dass die Coronapandemie Akzeptanz und Notwendigkeit der Digitalisierung erhöhe und ihr einen kräftigen Schub verleihe: „Die digitale Verwaltung wird zur neuen unverzichtbaren Normalität“, sagte Schleyer und verwies auf eindrucksvoll gestiegene Nutzungszahlen. Immer mehr Verwaltungsdienstleistungen laufen über die Bürgerservice-Portale der AKDB. Darüber hinaus hat der Freistaat die Nutzung internetbasierter Kfz-Dienste erheblich erleichtert, auch hier sind große Zuwachsraten zu verzeichnen.

„Investitionen dürfen nicht erst in Krisenzeiten erfolgen“, warnte Schleyer. Kommunale

IT-Dienstleister hätten in den letzten Jahren gemeinsam mit den Kommunen bereits Lösungen zur Verfügung gestellt: „Diese Angebote gilt es nun, mithilfe des Konjunkturpakets zügig in die Fläche zu bringen und sukzessive zu erweitern“, so Schleyer. In diesem Zusammenhang sprach er auch die Förderprogramme des Freistaats Bayern an. Im Rahmen der OZG-Umsetzung müssen öffentliche Verwaltungen ihre Dienstleistungen bis Ende 2022 online anbieten. Mehr zum OZG auf Seite 22.

Digitalisierung: keine Angst vor großen Aufgaben

Auf große Resonanz stieß das Thema Digitalisierungsstrategien in Kommunen. Die AKDB unterstützt und begleitet auch kleinere Städte und Gemeinden mit gezielten Strategieberatungen auf deren Weg zur Digitalisierung. Die Strategien werden ►



Die Digitalisierung führt zu einem Kulturwandel in der Verwaltung. AKDB-Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner (unten links) diskutiert mit Panel-Teilnehmern.



Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach sprach eine Videogrußbotschaft an die Teilnehmer des 4. AKDB Kommunalforums.

gemeinsam mit den Kommunen erstellt und in Projekten umgesetzt. Die AKDB berät auch zu geeigneten Förderprogrammen und vernetzt interessierte Kommunen und Partner untereinander.

BSI-Präsident Arne Schönbohm warnte hinsichtlich der zentralen Bedeutung der IT-Sicherheit: „Wenn Sie bestimmte Schwachstellen bei sich nicht geschlossen haben, gehen Sie davon aus, dass Sie angegriffen werden!“ Der Bundes-CIO, Staatssekretär Dr. Markus Richter, führte das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund als gelungenes Digitalisierungsbeispiel an: „Dieses Nutzerkonto ist ein wesentliches Ankerangebot, über das Menschen Leistungen und Bescheide rechtssicher empfangen können.“ Mehr dazu im Beitrag auf Seite 20.

Auch Wissenschaft und Forschung waren auf dem Kommunalforum vertreten: Professor Gerhard Hammerschmid von der Hertie School of Governance und Carsten Köppl

von Next:Public stellten erste Ergebnisse der Online-Umfrage „Verwaltung in Krisenzeiten“ unter Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern vor. Danach schneidet Bayern bei der Beurteilung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung im Bundesländervergleich am besten ab. Die Erwartungshaltung der Bürger zeige, dass sich Digitalisierungsmaßnahmen durchaus lohnten.

Spitzenreferenten über Trends, Lösungen und Strategien

Das 4. AKDB Kommunalforum Digital bot mit Videochats, Fragerunden und Livesessions zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktionen und persönlichen Gesprächen. 50 Top-Referenten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, 25 digitale Messestände und 20 Partner machten die Veranstaltung zu einem großen virtuellen Treffen für die gesamte kommunale Familie, für Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns.



Die Veranstaltung konnte eine Reihe **hochkarätiger Referenten und Diskussionsteilnehmer** für sich gewinnen: Neben den schon Genannten sprachen unter anderen die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken, Ernst Bürger aus dem Bundesinnenministerium, Digitalexperte und MdB Thomas Heilmann, Dr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, Dr. Ariane Berger vom Deutschen Landkreistag, Stefanie Krüger vom Bayerischen Bezirktetag, Prof. Peter Parycek vom Fraunhofer-Institut FOKUS, Prof. Katharina Zweig von der TU Kaiserslautern und Dieter Rehfeld, Aufsichtsratsvorsitzender der govdigital eG. Aktive Vertreter der Kommunen waren unter vielen anderen Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig, und der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau, Stefan Rinke.

Keine persönlichen Treffen – dennoch beste Resonanz

Der AKDB gelang mit diesem Kommunalforum auch im Veranstaltungsbereich der erfolgreiche Sprung ins Digitale. Das große Interesse der Teilnehmer lag an der spannenden Kombination aus hochkarätigen Speakern und der Vorstellung smarter IT-Lösungen und anschaulicher Best-Practice-Beispiele der AKDB und ihrer Partner. „Sehr beeindruckend, was die AKDB hier ‚aus dem Boden gestampft‘ hat, auch wenn es ‚nur‘ digital stattfand“, resümierte, stellvertretend für viele begeisterte Teilnehmer, Stefan Brück, Geschäftsstellenleiter der Verwaltungsgemeinschaft Mönchberg.

Sicherlich werden uns virtuelle oder hybride Veranstaltungen noch eine ganze Weile begleiten. Auch wenn diese professionell vorbereitet werden und so erfolgreich verlaufen, wünscht sich die AKDB nichts lieber als ein persönliches Wiedersehen mit ihren treuen Veranstaltungsteilnehmern – beim 5. AKDB Kommunalforum 2022! ■

*„Sehr gelungene Veranstaltung!
Ich konnte mich fast nicht
entscheiden, welchen der
interessanten Vorträge ich
anschauen soll.“*

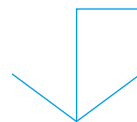
Stefan Schachenmayr, Amtsleiter
Informations- und Kommunikationstechnik,
Stadt Memmingen

*„Das habt Ihr richtig gut gemacht
@akdb_de! Aber noch viel lieber
würde ich Euch gerne wiedersehen!“*

Bürgermeister Matthias Döhla,
Gemeinde Konradsreuth, via Twitter

*„Spannendes u. inspirierendes
#kommunalforum20 der @akdb_de.
Veranstaltungen wie heute geben
Mut und Kraft auf dem Weg der
Umsetzung #Digitalisierung“*

Bürgermeister Raphael Bögge,
Stadt Senden, via Twitter



Vortrag verpasst?

Noch mal in Ruhe nachlesen? Kein Problem:
Noch bis 28.2.2021 stehen registrierten Teilnehmern
die meisten Veranstaltungsinhalte auf der Veranstal-
tungsplattform online zur Verfügung.

Mehr Informationen unter: www.akdb.de/kommunalforum

Pilot: Erster „EfA“-Dienst der AKDB in Kooperation mit Brandenburg

Mit Vollgas und „EfA“ das OZG umsetzen!

Die OZG-Umsetzung bis zum Jahr 2022 bleibt für bayerische Kommunen ein ambitioniertes Ziel. Um den Prozess zu beschleunigen, sollen künftig nachnutzbare Dienste nach dem Prinzip „Einer für Alle/Viele“ („EfA“-Prinzip) vorangetrieben werden. Wie genau das geht, zeigt die AKDB mit ihrem neuen Pilot-Fachdienst „Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit“.

Mit drei Milliarden Euro an Corona-Fördergeldern, die insbesondere in OZG-konforme Verwaltungsdienste fließen sollen, setzt der Bund ein deutliches Zeichen in Richtung Digitalisierung. Für die Förderung von OZG-Leistungen existieren allerdings klare Anforderungen: Sie müssen nach dem Prinzip „Einer für Alle/Viele“ allen interessierten Ländern zur Verfügung gestellt werden und organisatorische, rechtliche, finanzielle sowie technische Kriterien erfüllen. Dazu gehören die zentrale Bereitstellung über Austauschplattformen, die thematische Priorität im Rahmen der OZG-Umsetzung, die Vermeidung eines abgeschlossenen Ökosystems durch den Einsatz von Open-Source-Technologie und die Betriebsmöglichkeit bei jedem öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister (oder auch in Kommunen). Bei konsequenter Beachtung des „EfA“-Prinzips sind diese Dienste problemlos in bestehenden öffentlich-rechtlichen Rechenzentren oder in der Kommune betreibbar.

Erster „EfA“-Dienst der AKDB

Die AKDB unterstützt Kommunen bei der OZG-Umsetzung von Beginn an und hat sich daher der nachnutzbaren Entwicklung nach dem „EfA“-Prinzip verschrieben. Ein Pilot ist bereits angelaufen: Der Online-Dienst „Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit“ in Kooperation mit dem Land Brandenburg. Der Fachdienst, der alle Servicestandardregeln des BMI erfüllt, bildet den generellen Antrag „Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit“ ab. Arbeitnehmer und Selbstständige aus

Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland arbeiten möchten, müssen in der Regel diesen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit stellen. Der Online-Dienst, der auf den Websites der Behörden eingebunden wird, basiert auf einer Containertechnologie und wird im Auftrag des Landes Brandenburg durch die AKDB im zertifizierten Rechenzentrum betrieben. Die Antragstellung umfasst Formularfelder und Dokumenten-Upload.

„EfA“ in der Praxis

Nach der Pilotierung wird der Online-Dienst um weitere Antragsprozesse und Funktionen erweitert, die noch mehr Anwendungsfälle und Komfort bieten. So kann der Online-Fachdienst „Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit“ in Zukunft deutschlandweit schnell und unkompliziert allen Ausländerbehörden zur Verfügung gestellt und auf allen kommunalen Online-Portalen betrieben werden. Ganz im Nachnutzungssinne: Ein Fachdienst für Alle!

Wie die AKDB das „EfA“-Prinzip künftig leben wird

Der Online-Fachdienst für Brandenburg weist mit seiner nachnutzbaren Software-Infrastruktur den Weg für die künftige Philosophie der AKDB: Die Entwicklung weiterer E-Government-Dienste wird von nun an ganz im Zeichen der Nachnutzbarkeit stehen. Dadurch wird die OZG-Umsetzung entscheidend vorangetrieben. Die AKDB steht als Entwicklerin und Betriebsverantwortliche bei allen Prozessen sowie bei der Implementierung mit ihrer Expertise zur Seite. ■



**Die AKDB
unterstützt
Kommunen bei
der OZG-Umsetzung
von Beginn an
und hat sich daher
der nachnutzbaren
Entwicklung nach
dem „EfA“-Prinzip
verschrieben.**



Nachnutzbarkeit von Online-Lösungen: Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Bereits bestehende Methoden und Vorgaben werden in anderen Bundesländern übernommen.



**Einer
für
Alle**

Nachnutzung: Was ist das?

Ziel der Nachnutzbarkeit ist es, dass die in einem Themenfeld erarbeiteten Lösungen von anderen Bundesländern übernommen werden können. Also die Möglichkeit bieten, bereits bestehende Methoden, Vorgaben und Prozesse ganz oder teilweise in neuen Produkten und Dienstleistungen wiederzuverwenden. Der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) definierte Servicestandard muss hierbei erfüllt werden.

Mehr dazu unter www.akdb.de/efa

- Open-Source & digital souverän
- frei gestalt- und integrierbar, auch ohne Portal
- offen standardisierter RZ-Betrieb
- garantiert zu 100 % nachnutzbar
- „EfA“-konform und förderfähig

Digitaler Führerscheintausch

Goodbye „rosa Lappen“

Ab 2022 müssen über 43 Millionen Bundesbürger ihren Führerschein umtauschen. Gestaffelt nach Geburtsjahren. Eine Extrabelastung für Führerscheinstellen und Bürger. Der Online-Dienst „Führerscheintausch“ ist die Lösung.



Die Bewältigung dieser Aufgabe stellt eine große Herausforderung dar – vor allem für Kommunen.

Nach einer EU-Richtlinie sollen ab 2033 nur noch fälschungssichere Führerscheine im Umlauf sein. Sie sollen in einer einzigen Datenbank gespeichert werden, um Missbrauch zu verhindern. Dazu müssen in Deutschland aber rund 15 Millionen bis 31.12.1998 ausgestellte (Papier-)Führerscheine sowie ca. 28 Millionen weitere zwischen dem 1.1.1999 und 18.1.2013 ausgegebene Scheckkartenführerscheine umgetauscht werden. Die Umtauschfristen betreffen auch Führerscheine, die in der ehemaligen DDR ausgestellt wurden. Die Bewältigung dieser Aufgabe stellt eine große Herausforderung dar – vor allem für Kommunen.

43 Millionen neue Führerscheine

Damit der Ansturm auf Führerscheinstellen nicht zu groß wird, soll der Zwangsumtausch in Stufen erfolgen. Den Anfang machen die Führerscheininhaber, die in den Jahren 1953 bis 1958 geboren sind: Sie müssen den Umtausch bis zum 19. Januar 2022 erledigt haben. Verstreicht diese Frist, kann für Pkw-Fahrer ein Bußgeld von zehn Euro fällig werden. Die Zeit wird also knapp. Die Bearbeitung des Führerscheintauschs dauert in der Regel zwischen vier bis sechs Wochen. Durch eine Bestellung bei der Bundesdruckerei über einen Express-Service erhalten Bürger in dringenden Fällen ihren neuen Führerschein aber bereits nach drei Werktagen. Der alte Führerschein sollte übrigens immer vom Sachbearbeiter der Führerscheinstelle entwertet werden. Danach kann der Bürger ihn als Andenken mit nach Hause nehmen und behalten.

Jetzt schon möglich: der Online-Führerscheintausch

Doch es gibt einen einfacheren Weg: den über das Bürgerservice-Portal der AKDB. Und über den Online-Dienst „Führerscheintausch“. Dazu brauchen Bürger entweder ihren Personalausweis mit freigeschalteter eID oder sie registrieren sich mit Benutzername und Passwort. Anschließend wird der Bürger Schritt für Schritt durch den Prozess geführt: Er gibt die Altdaten aus seinem bisherigen Führerschein ein und kann

auch die Gebühren online entrichten. Es gibt allerdings auch hierbei einen Medienbruch. Und der hat weniger mit den technischen Möglichkeiten des Online-Dienstes als mit der Gesetzgebung zu tun: So verlangen die Führerscheinstellen in Deutschland, dass eine Kopie des Personalausweises, ein Lichtbild und ein Formular mit der Unterschrift des Bürgers per Post aufs Amt geschickt oder persönlich vorbeigebracht werden.

Doch diese Hürde könnte in Zukunft durch die geplante Registermodernisierung wegfallen. Diese würde es der Fahrerlaubnisbehörde erlauben, auf Bürgerdaten in Pass- oder Melderegistern zuzugreifen. In diesem Fall würde für die Operation „Antrag Führerscheintausch“ ein Log-in des Bürgers im Bürgerservice-Portal mit seinem elektronischen Personalausweis völlig ausreichen. Der Rest würde schrittweise digital erfolgen. Ganz im Sinne des Mottos: Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger. Da die neuen Kartenführerscheine auf 15 Jahre befristet sind, würde man auch öfter von einer Online-Lösung profitieren.

Bald Realität?

Der digitale Führerschein

In Estland und in Norwegen gibt es ihn bereits: den digitalen Führerschein auf einer App. Die EU-Kommission hat Anfang November 2020 dieselbe Richtung eingeschlagen. Dazu wertet die Brüsseler Behörde derzeit die entsprechende Führerscheinrichtlinie aus. Am Ende könnte sie Änderungen vorschlagen – inklusive digitalen Führerscheins. Das hat allerdings keinen Einfluss auf die Verpflichtung, den Führerschein umzutauschen. „Die Zukunft sollte papierlos sein“, äußerte sich EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean. Autofahrer in Deutschland werden dann künftig den Führerschein bei Verkehrskontrollen auch auf dem Smartphone vorzeigen können. ■

Mehr zum Thema digitale Identitäten:
www.akdb.de/ereport2



Gastbeitrag

von Dr. Markus Richter, Staatssekretär
im Bundesministerium des Innern, für
Bau und Heimat sowie Beauftragter der
Bundesregierung für Informationstechnik.

Wie wir mit modernisierten Registern die Verwaltungsdigitalisierung voranbringen

Schub aus dem Backend

Ging es Ihnen beim Lesen des letzten AKDB-Reports „Durchstarten: Corona als Digitalisierungsbeschleuniger“ wie mir? Ich bin beeindruckt, welchen Schub die Digitalisierung in unseren Städten und Gemeinden gerade bekommt. Genau das braucht es in dieser Situation, in der die Bürgerinnen und Bürger verstärkt den digitalen Weg zur Verwaltung suchen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf kommunaler Ebene beweisen hier digitale Handlungskompetenz, dafür haben Sie meine volle Anerkennung!

Mit den zusätzlichen Mitteln des Konjunkturpakets können wir die Digitalisierung entscheidend voranbringen. Es gibt noch viel zu tun – auf allen Verwaltungsebenen. Aber wir haben jede Menge Rückenwind für die zweite Halbzeit beim Onlinezugangsgesetz (OZG).

Diesen Schwung brauchen wir auch bei der Registermodernisierung. Mein Eindruck ist: In den Kommunen ist man sich dessen bewusst. Dort ist man nah dran an den Herausforderungen der Registerführung. Die De-

zentralität der deutschen Registerlandschaft hat sich bewährt. Gefragt sind intelligente Lösungen, mit denen wir registerübergreifend Erfolge erzielen. Wir haben in Deutschland über 350 verschiedene Registertypen.

Durch eine Modernisierung können wir jährliche Entlastungen im Milliardenbereich erzielen. Entlastungen, die unseren Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und Verwaltung zugutekommen. Deshalb ist die Registermodernisierung auch ein wichtiges Ziel meines „9-Punkte-Plans für ein digitales Deutschland“.



„Die Registermodernisierung ist in voller Fahrt.“

Dr. Markus Richter,
IT-Beauftragter der
Bundesregierung

Bei einem solchen Mammutvorhaben ist es essentiell, die richtigen Prioritäten zu setzen: Was haben die Bürgerinnen und Bürger davon? Die Unternehmen? Die Verwaltung? Bei diesen Fragen landet man schnell beim Once-only-Prinzip.

Once-only bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft, dass sie die in Registern zu ihnen gespeicherten Daten bei der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen nicht erneut angeben müssen. Sie können die beteiligten Behörden ermächtigen, die vorhandenen Daten auszutauschen. Damit lassen sich aus Nutzersicht „nachweisfreie“ digitale Verwaltungsleistungen realisieren.

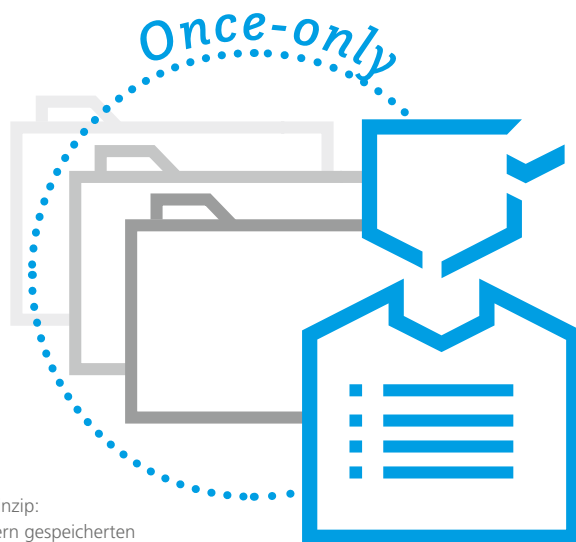
Die Bundesregierung hat dazu jüngst zwei Vorhaben auf den Weg gebracht: Im November beschloss der Bundestag das Digitale-Familienleistungen-Gesetz. Der Bundesrat muss noch zustimmen, damit es zum 1. Januar 2021 verkündet werden kann. Es ermöglicht die gemeinsame Beantragung wichtiger Familienleistungen in einem digitalen Kombiantrag. Das Herzstück bildet

Once-only: Familien müssen vor allem beim Elterngeldantrag künftig deutlich weniger Nachweise einreichen. Einen wesentlichen Beitrag leistet die Datenstelle der Rentenversicherung als Drehscheibe für Nachweise zum Einkommen. Das geschieht datensicher und nur mit Einwilligung der Antragstellenden. Jetzt kommt es auf die Umsetzung durch die Länder an. Ein erster Pilot wird mit der Anwendung ELFE in Bremen getestet.

Mit dem im September durch das Bundeskabinett auf den Weg gebrachten Registermodernisierungsgesetz wird ein registerübergreifendes Identitätsmanagement geschaffen. Dafür soll die Steuer-Identifikationsnummer als Ordnungsmerkmal in für die OZG-Umsetzung relevante Register eingeführt werden. Das ist ein wichtiger Meilenstein. Denn um die in Registern gespeicherten Nachweise auch den richtigen Antragstellenden zuordnen zu können, brauchen wir ein solches Ordnungsmerkmal. Aus der kommunalen Praxis wissen wir, dass sich nahezu alle personenbezogenen Daten ändern können. Ich bin mir sicher, die Kommunen werden von diesem Qualitätssprung in der Datenhaltung profitieren. Und wir zeigen auch, wie moderne Register den Datenschutz stärken: Ein „Datencockpit“ soll jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit geben, digital nachzuvollziehen, welche Behörde auf ihre Daten zugegriffen hat. Auch diese Transparenz wird durch die Einführung eines Ordnungsmerkmals erst möglich.

Das von Bayern, Hamburg und dem Bund geleitete Koordinierungsprojekt Registermodernisierung wird im Frühjahr 2021 ein Zielbild für eine modernisierte Registerlandschaft vorlegen. Dabei sind auch die Anforderungen des Registerzensus und der SDG-Verordnung zu berücksichtigen. Wir werden dann im IT-Planungsrat entscheiden, wie das umgesetzt wird. Wichtig ist mir, dass wir das Rad nicht neu erfinden, sondern die Strukturen, Regelungen und Standards zügig weiterentwickeln und registerübergreifend das Once-only-Prinzip voranbringen.

Die Registermodernisierung ist in voller Fahrt. Es ist gelungen, an vielen Stellen den Knoten zu lösen. Das wird uns auch weiter gelingen, wenn wir das Ziel im Blick behalten: durch modernisierte Register bessere Verwaltungsleistungen anzubieten. ■



Once-only-Prinzip:
Die in Registern gespeicherten
Daten müssen bei Inanspruchnahme
von Verwaltungsleistungen nicht
erneut angegeben werden.

Der AKDB-Report jetzt auch online als eREPORT!

Willkommen in der digitalen Dimension!



Zu allen Themen, bei denen Sie im Heft dieses Symbol sehen, finden Sie weitere Inhalte unter www.akdb.de/newsroom

Warum sollte man sich auf 36 Seiten begrenzen, wenn es so viel mehr zu sagen gibt? Deswegen bekommt der AKDB-Report jetzt einen digitalen Ableger: den eREPORT. Dort stehen ab sofort noch mehr aktuelle Informationen zur Verfügung. Das sind brandaktuelle Kundenstories, Nachrichten, Interviews und bald auch Videos. Einige Beiträge sind exklusiv für die elektronische Version entstanden, andere ergänzen, vertiefen und erweitern die Artikel der Print-Ausgabe.

Sie haben Interesse an ausführlicheren Informationen? Sie wollen wissen, wo Sie die eREPORT-Beiträge finden? Online in unserem neuen AKDB-Newsroom unter dem Filter eREPORT. Schauen Sie doch einfach rein: www.akdb.de/ereport

Hier einige aktuelle Highlights:

Eine Software im Spiegel der Weltpolitik

Lesen Sie, wie die größte Ausländerbehörde Deutschlands ihre alte Software mit dem AKDB-Fachverfahren OK.VISA ersetzt hat und so ihre Fallbearbeitung nicht nur rechtskonform, gerichtsverwertbar und revisionssicher abwickelt, sondern sämtliche Prozesse und die Zusammenarbeit zwischen Kollegen beschleunigt.

www.akdb.de/ereport3



„Das Förderprogramm gab den entscheidenden Impuls.“

Um den Kommunen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis 2022 finanziell unter die Arme zu greifen, hat der Freistaat Bayern das Förderprogramm „Digitales Rathaus“ ins Leben gerufen. Die Gemeinde Johannesberg in Unterfranken hat es sofort in Anspruch genommen. Bürgermeister Peter Zenglein erzählt, warum.

www.akdb.de/ereport4

Nie wieder doppelt verbuchen!

Entdecken Sie, wie die Stadt Töging ihre Rechnungsverarbeitung dank des komplett digitalen E-Rechnung-Workflows nicht nur beschleunigt hat, sondern Doppelbuchungen vermeidet, Zahlungsfristen und Ausgaben immer im Blick behält und eine Menge Papier und Ablageplatz spart.

www.akdb.de/ereport5



Digitalisierung: keine Angst vor großen Aufgaben

Neun von zehn Städten finden eine Digitalisierungsstrategie für ihre Verwaltung sinnvoll und wichtig. Allerdings hat nur jede zweite Stadt mit mehr als 20.000 Einwohnern eine entsprechende Strategie. Und dabei geht es um viel mehr als um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Deswegen gibt es ein umfassendes Beratungsangebot der AKDB.

www.akdb.de/ereport6

Entstehung einer wegweisenden E-Government-Komponente für Deutschland

Durch das Jahr 2020 mit dem Nutzerkonto Bund

Bürger und Unternehmen können immer mehr Verwaltungsleistungen vom Bund online in Anspruch nehmen. Dafür registrieren sie sich seit diesem Jahr mit einem Nutzerkonto Bund. Nach Produktivstellung 2019 hat sich inzwischen viel bei den Weiterentwicklungen des Identifizierungs- und Authentifizierungskontos getan: Neue Funktionen und vor allem einige Fachdienstanbindungen kamen hinzu. Wir haben das Jahr 2020 für das Nutzerkonto Bund Revue passieren lassen:

JULI

JULI: Corona-Überbrückungshilfe

Der Online-Fachdienst „Corona-Überbrückungshilfe“ ermöglicht die Beantragung finanzieller Unterstützung für von der Coronakrise betroffene kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige sowie gemeinnützige Organisationen. Das Nutzerkonto Bund bietet dabei einen weiteren Registrierungs- und Anmeldeweg neben einer eigenen Lösung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Registerabfrage und PIN-Brief) sowie der BayernID. www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de



bund ID 

Was das Nutzerkonto Bund ist und was es kann:

Das Nutzerkonto Bund (www.id.bund.de) wurde im Auftrag des Bundesinnenministeriums von der AKDB entwickelt. Es ermöglicht Bürgern und Unternehmen die Identifikation im Internet, um Online-Verwaltungsleistungen des Bundes, das heißt von Ministerien und Bundesbehörden, in Anspruch nehmen zu können. Darüber hinaus können relevante Daten hinterlegt werden, wie etwa Name, Adresse, Geburtsdatum, auf die bei jedem weiteren Online-Verwaltungsakt zurückgegriffen wird. Die Nachfrage ist groß: Einer Bitkom-Studie zufolge bewerten 82 Prozent der befragten Bürger ein Bürgerkonto, mit dem sie sich für Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können, als positiv.

**AUGUST:****ElterngeldDigital & neue Funktionen des Kontos**

- Über die Plattform „ElterngeldDigital“ können Eltern ihren Antrag für Elterngeld online einreichen. Stichwort „Nachnutzung“: Der Fachdienst wird allen teilnehmenden Bundesländern auf dem Vertrauensniveau „normal“ bereitgestellt. Die Weiterentwicklung mit dem Pilotland Bremen auf Vertrauensniveau „hoch“ ist geplant. www.elterngeld-digital.de
- Mithilfe der neuen Funktion „Unternehmen vertreten Unternehmen“ wird die Vertretung eines Organisationskontos zusätzlich zu natürlichen Personen durch andere Unternehmen ermöglicht.

AUGUST

OKTOBER

DEZEMBER

**OKTOBER:
BAföG Digital**

Bei der Online-Beantragung der Studien- und Ausbildungsunterstützung kann nun auch auf das Nutzerkonto Bund als Authentifizierungskomponente zurückgegriffen werden.

www.bafoeg-digital.de

**DEZEMBER:
Produktivstellung Release 2.1**

Zunächst werden die eIDAS-Funktionen im Rahmen des Nutzerkonto Bund produktiv gestellt. eIDAS bezeichnet die EU-Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für Transaktionen im Binnenmarkt. Damit ist das Nutzerkonto Bund eine der ersten eIDAS-konformen Anwendungen Deutschlands. Für Bürger bedeutet dies, dass EU-ausländische Identifizierungsmittel im Nutzerkonto verwendet werden können, zum Beispiel der italienische Ausweis oder die estländische ID.

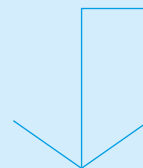
„Ein Ankerangebot, über das Menschen Leistungen und Bescheide rechtssicher empfangen können.“

Beim 4. AKDB Kommunalforum bezeichnete der Staatssekretär Dr. Markus Richter das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund als ein gelungenes Beispiel für eine systematische Digitalisierung.



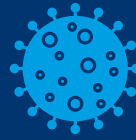
„Auf die ersten 10.000 Nutzerkonten sind wir stolz. Ein guter Ansporn für 2021.“

Ernst Bürger,
Abteilungsleiter
„Digitale Verwaltung“
im Bundesinnenministerium



2021

AUSBLICK FÜR 2021: Die Weiterentwicklung sieht etwa die Anbindung von ELSTER und weiteren Fachdiensten, die Möglichkeit der Betroffenen Auskunft sowie eine Datenaktualisierung vor. Zudem können sich Bürger mit ihrem Nutzerkonto Bund auch bei der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen der Länder authentifizieren – über die sogenannte Interoperabilität von Nutzerkonten. Sie sorgt dafür, dass Landes-Nutzerkonten wie die BayernID mit dem Nutzerkonto Bund verknüpft werden.



Der Freistaat fördert: Digitalisierung zum kleinen Preis

Über 1.400 Online-Dienste in der OZG-Förderung.
Die AKDB unterstützt bei der Beantragung beim LDBV

Digitalisierung ist nicht erst seit Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes (OZG) 2017 Thema bei Kommunen und IT-Dienstleistern. Durch gesetzliche Anforderungen und Herausforderungen der Coronakrise hat sie deutlich an Fahrt aufgenommen. Das OZG-Förderprogramm „Digitales Rathaus“ des Freistaats Bayern dient ebenfalls als Katalysator.

Digitalisierung lohnt sich – für Pioniere wie für Nachzügler. Gerade in der Coronakrise. Kommunen und Verwaltungen, die ihr Serviceportfolio um Online-Angebote ergänzt haben und in Teilbereichen bereits auf voll automatisierte Verwaltungsdienste wie bei der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz) setzen, gehen mit geänderten Rahmenbedingungen deutlich leichter und entspannter um.

Millionenfache Nutzung OZG-konformer Online-Dienste

Die AKDB ist schon sehr weit: 2020 sind schon 83 Prozent der wichtigsten kommunalen Verwaltungsdienstleistungen im Angebot („TOP-Liste“), 2021 werden es 96 Prozent sein. Die Online-Dienste der AKDB stehen mit ihrer medienbruchfreien Integration in behördeninterne Fachverfahren und Workflows bundesweit zur Verfügung – und werden immer häufiger genutzt.

Nie zuvor machten Bürger so stark Gebrauch von Online-Diensten auf kommunalen Webseiten. Seit Mai sind es über 30 Prozent mehr als in der Vorcoronazeit. Besonders hoch sind die Zuwachsraten bei der Kfz-Zulassung oder bei der Kitaplatz-Bedarfsanmeldung.

Auch der Gesetzgeber leistete einen entscheidenden und pragmatischen Beitrag. Derzeit genügt eine mit Benutzername und Passwort angelegte BayernID für die Nut-

zung einzelner i-Kfz-Dienste, die sich in der Folge um das 19-Fache erhöht hat. Die Anzahl registrierter Nutzer der BayernID war bis Ende November 2020 auf bereits über 280.000 gestiegen. Weitere Säulen des OZG sind die Nachnutzbarkeit über Ländergrenzen hinweg, siehe dazu den Beitrag auf Seite 12, oder das einheitliche Nutzerkonto, siehe dazu die Seiten 20 und 21.

Gute Rahmenbedingungen für schnelle Umsetzungserfolge

Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für schnelle Umsetzungserfolge besser denn je. In Bayern werden Kommunen seit Herbst 2019 beim Auf- und Ausbau ihres Online-Dienste-Portfolios vom Freistaat finanziell unterstützt. Mit Erfolg: Bayerische Kommunen wurden für in der Summe bereits über 1.400 AKDB-Online-Dienste über das Programm „Digitales Rathaus“ mit bis zu 90 Prozent gefördert. Die genehmigende



Schon
280.000
Nutzer der
BayernID



Stelle, das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV), leistete dabei Beachtliches. Gefördert werden neu angeschaffte AKDB-Fachdienste, beispielsweise aus dem Einwohnermelde-, Personenstands-, Verkehrs- und Führerscheinwesen. Auch die neue Webformularlösung der AKDB, das komXformularcenter, feierte einen erfolgreichen Einstand. Es stehen mehr als 80 förderfähige Webformulare zur Verfügung. Zu den beliebtesten Webformularen gehören bislang die An- und Abmeldung Hundesteuer, der Fischereischein, die vorübergehende Gaststättenerlaubnis sowie die Parkerleichterung für Schwerbehinderte. Das Portfolio wird ständig um Webformulare wie Meldung als Wahlhelfer, Anmeldung Musikschule, Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sowie Ausnahmegenehmigungen zum Parken etwa für Handwerker oder soziale Dienste ergänzt und ausgebaut. ■

Innovativ und gesetzeskonform zur Digitalisierung

Ein Großteil der bayerischen Kommunen, unabhängig von ihrer Größe, stellen ihren Bürgern Online-Dienste zur Verfügung. Außerdem macht die Coronapandemie die digitale Erreichbarkeit der Verwaltung zur Top-Priorität, wenn nicht gar zur Chefsache. Die OZG-Umsetzung ist kein Hexenwerk. Handeln Sie jetzt!

Wir unterstützen Sie gerne und haben für Sie weiterführende Informationen zu Förderprogramm und Online-Diensten zusammengestellt: **akdb.de/ozg**

Werfen Sie einen Blick auch in folgende Videos:



Schritt für Schritt zur digitalen Kommune:
Das Competence Center Digitalisierung
www.akdb.de/ereport6



Das OZG meistern? Das Förderprogramm des Freistaats nutzen? Mit dem Online-Angebot der AKDB!
www.akdb.de/ereport7



Webformulare: Bürgern schnell und unkompliziert förderfähige Online-Dienste anbieten
www.akdb.de/ereport8



AKDB beteiligt sich an Data-Intelligence-Beratungsfirma roosi GmbH

Daten zum Sprechen bringen

Der kompetente und transparente Umgang mit Daten und Informationen ist für Kommunen immer wichtiger. Deswegen hat die AKDB beschlossen, sich im März über ihre Tochterfirma LivingData an der deutsch-österreichischen Data-Intelligence-Beratungsfirma roosi GmbH zu beteiligen. Das Ziel: Das bereits bestehende Portfolio der AKDB soll kontinuierlich erweitert werden. Wir haben Ralf Pichl, einen der Geschäftsführer, gefragt, wie Kommunen ihre Daten zum „Sprechen“ bringen.

Wie kam die Idee zur Gründung?

RALF PICHL: Der kleinste gemeinsame Nenner aller unserer Mitarbeiter ist die Liebe zum Thema Data Analytics. Wir haben dieses Thema auch deshalb gleich als Claim „roosi loves data“ in unserer Corporate Identity verewigt. Wir wollten Organisationen und Unternehmen eine zentrale Anlaufstelle bieten, wenn es um das Thema Digitalisierung und Datenarbeit geht. Digitalisierung ist auch eines der drängendsten Themen in der öffentlichen Verwaltung. Deshalb rannte Steffen Kleinmanns von der AKDB-Tochter LivingData offene Türen bei uns ein mit der Idee, unsere Expertise gezielt auch Kommunen zugänglich zu machen. Denn hier lässt sich definitiv etwas an die Gesellschaft zurückgeben. Die direkte Beteiligung der LivingData an der roosi GmbH und damit indirekt auch durch die AKDB war der nächstlogische Schritt. Auf das in uns gesetzte Vertrauen sind wir mehr als stolz.

Es entstehen immer mehr KI- und Data-Analytics-Schmieden. Welchen Vorteil bietet roosi im Vergleich zu anderen Anbietern?

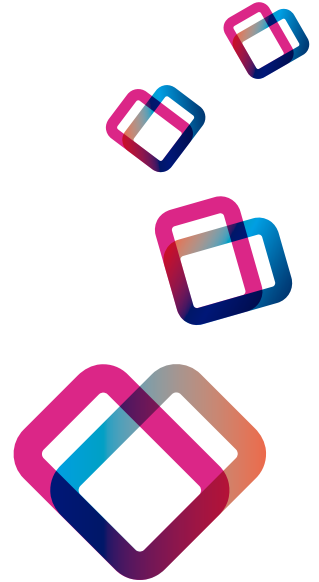
Was uns klar von klassischen Management- und Strategieberatern unterscheidet: Wir kombinieren die Beratung mit konkreten Werkzeugen, dem Lösungsbau und auch mit angeschlossenen Services wie Applikationssupport. Salopp gesagt, wir löffeln die Suppe, die wir uns in der Strategieberatung eingebrockt haben, auch selber wieder aus. Und sorgen mit unserem „Train the trainer“-Ansatz dafür, dass unsere Kunden eigene Kernkompetenzen im Bereich Data Intelligence intern aufbauen können.

Ein konkretes Beispiel: Wie kann die Erhebung und Nutzung von Daten einer Kommunalverwaltung helfen?

Ich würde die Frage gerne etwas beugen. Kommunen erheben seit jeher Daten. Daten sind der Treibstoff für alle Arten von Anträgen oder Behördengängen und notwendig für die Kernfunktion von Kommunen: die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger. Kommunen sind in wesentlichen Teilen bereits digitalisiert – nicht zuletzt durch die Angebote von AKDB und LivingData. Jetzt gilt es, Datenpotenziale zu heben – durch das Aufbrechen und anschließende Synchronisieren und Integrieren von Daten- und Informationssilos. Damit wir das eigentliche Ziel einer jeden Digitalisierungsstrategie nicht aus den Augen verlieren: die Bürgerinnen und Bürger. Konkret bedeutet das: Egal, ob ich mich als Bürgerin oder Bürger um die Zulassung meines Autos kümmern möchte, mich für die Wassertemperatur im Schwimmbad interessiere oder meinen Wohnsitz ummelden will, ich greife auf all diese unterschiedlichen Dienste, sei es per Smartphone, per Webbrowser, per Telefon etc., über die gleiche Benutzeroberfläche zu.

An welchen ersten Projekten arbeiten Sie gerade? Können Sie es beschreiben und den Nutzen herausarbeiten?

Wir folgen auch in der Zusammenarbeit mit der AKDB und der LivingData unserem Beratungsframework, welches wir für unser Thema Data Intelligence entwickelt haben. Dieses besteht aus sechs aufeinander aufbauenden Schritten: Phase eins haben wir zum überwiegenden Teil abgeschlossen. Hier haben wir uns vor allem die unterschiedlichen Fachverfahren und



roosi
loves data



Software-Angebote der AKDB und der LivingData angeschaut und Kundenbedarfe analysiert. Jetzt sind wir gerade dabei, die Potenziale zu analysieren und erste Vorschläge für Prototypen abzustimmen.

Sie arbeiten herstellerunabhängig. Was ist der Vorteil für Ihre Kunden?

Für uns ist das eine Haltungsfrage. Wir können nicht auf der einen Seite eine ganzheitliche Strategie predigen und auf der anderen Seite am Tropf eines Software-Herstellers hängen. Wir wollen nur der Lösung der Herausforderungen unserer Kunden verpflichtet sein – und unserem eigenen Qualitätsanspruch. Konkret bedeutet dies, dass wir mit unterschiedlichen

„Der kleinste gemeinsame Nenner aller unserer Mitarbeiter ist die Liebe zum Thema Data Analytics.“

Ralf Pichl,
Geschäftsführer
roosi GmbH

Tools zum Ziel gelangen. Der Best-of-Breed-Ansatz ist hier für uns die Maßgabe.

Sie entwickeln gerade ein Smart City Lab. Was ist das genau?

Zusammen mit den Kollegen der LivingData sind wir gerade dabei, ein Reallabor zum Thema Smart City aufzubauen. Wir zeigen hier Use Cases, vom intelligenten Winterdienst bis hin zum Schwimmbadmonitoring. Smart Citys leben von der Verbindung der physischen Welt mit der digitalen. Das gelingt durch den Einsatz von Sensoren. Mit dem Smart City Lab wollen wir das Thema erfahr- und erlebbar machen. Und damit den kommunalen Entscheidern zeigen, was alles möglich ist. ■



Bei der Einweihung der neuen roosi-Räumlichkeiten in Rosenheim: die roosi-Geschäftsführer Ralf Pichl und Steffen Kleinmanns sowie AKDB-Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner (sitzend v. l.) mit dem roosi-Geschäftsführer Gernot Bernert und dem AKDB-Vorstandsvorsitzenden Rudolf Schleyer (stehend v. l.)



*Wir
brauchen ein Tool,
mit dem Anwender Finanz-
informationen schnell aus
dem System herausfiltern
können.*

Neuentwicklung im AKDB-Finanzwesen

So sieht die kommunale Finanz-Software der Zukunft aus!

In der kommunalen Verwaltung werden immer mehr Generalisten arbeiten. Und immer mehr junge, digital affine Menschen. Sie brauchen smarte Tools, die Prozesse unterstützen und die Entscheidungsfindung beschleunigen. Auch im Finanzwesen. Wir haben Holger Gehringer aus dem Geschäftsfeld Finanzwesen bei der AKDB gefragt, wie eine zukunftsfähige Finanz-Software aussehen muss – und was er gerade plant.

Herr Gehringer, wohin geht die Reise im kommunalen Finanzwesen?

HOLGER GEHRINGER: Heutige Finanz-Software-Systeme in Kommunen haben einen sehr großen Funktionsumfang und sind oft nur von Ultra-Spezialisten bedienbar. In Zukunft brauchen wir aber immer dringender ein Tool, mit dem Anwender schnell Finanzinformationen jeglicher Art aus dem System herausfiltern können. Das wissen wir aus Workshops mit Kommunalvertretern.

Gibt es ein konkretes Beispiel?

Eine alltägliche Situation: Ein Kämmerer geht in eine Gemeinderatssitzung und

muss darlegen, welche Ausgaben im Bereich Gebäudesanierung in den letzten Jahren angefallen sind. Diese Informationen muss er sich heute an seinem Arbeits-PC zusammensuchen und auf Notizzetteln zusammenfassen. Oder diverse Ausdrücke aus Bewirtschaftungsauskünften machen. Das sind teilweise riesige Tabellen. Der Kämmerer der Zukunft klemmt sich ein Tablet unter den Arm und geht damit in die Gemeinderatssitzung. Dort verbindet er sein mobiles Device mit dem Beamer und zeigt per Touchscreen am Board relevante Daten in Balkendiagrammen: etwa Erlöse und Ausgaben eines kommunalen Schwimm-

„Das Look-and-Feel muss zeitgemäß sein, und die Nutzung soll Spaß machen.“

Holger Gehringer,
Geschäftsfeld Finanzwesen

bads – gegenübergestellt in zwei Säulen mit unterschiedlichen Farben. Da sieht jedes Gemeinderatsmitglied – ob Banker, Bäcker oder Lehrer – sofort, ob es ein profitables Schwimmbad ist oder nicht.

Eine kommunale Finanz-Software sollte also nicht nur für Spezialisten gedacht sein ...

So ist es. Wir müssen anfangen, vom Anwender her zu denken. Eine Finanz-Software soll zunehmend zu einem Finanzinformationssystem werden. Zu einem Tool, das Entscheider bei Planungen und Zukunftsvorhaben unterstützt. Und es muss ein Tool sein, mit dem auch Bauamtsleiter, Schulleiter oder Leiter der Friedhofsverwaltung leicht umgehen können. Also Personen, die zwar Verantwortung tragen, aber nicht täglich mit Finanzdaten zu tun haben.

Welche Eigenschaften sollte eine zukunftssträchtige Finanz-Software sonst noch mitbringen?

Sie sollte auf jeden Fall responsiv sein. Also auf jedem Device nutzbar: Handy, Tablet, PC. Das hat zuletzt die Coronapandemie gezeigt: Man sollte von überall Zugriff auf relevante Finanzdaten haben. Auch aus dem Homeoffice oder von unterwegs. Und zu guter Letzt sollte sie anwenderfreundliche Nutzeroberflächen aufweisen: Grafiken, Zusammenfassungen, Filterfunktionen. Das Look-and-Feel muss zeitgemäß sein, und die Nutzung soll Spaß machen.

Gibt es so eine Software bereits?

Bei der AKDB arbeiten wir gerade an solch einer Lösung. Und da wir einen Schritt nach dem anderen machen möchten, erschaffen wir zuerst einen webbasierten Bewirtschaftungsarbeitsplatz. Das Ziel: Bereits 2021 soll dieser Bewirtschaftungsarbeitsplatz Kommunen zur Verfügung stehen. Als webbasierte Software-as-a-Service.

Wie sieht solch ein neuer Bewirtschaftungsarbeitsplatz aus?

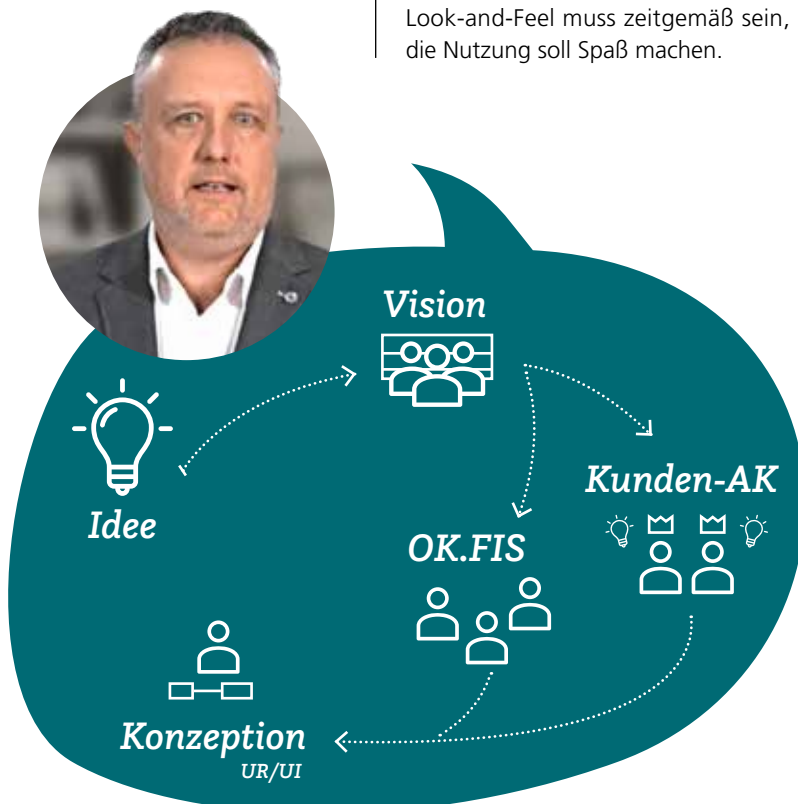
Konkret: Ein Bauhofleiter oder Schulleiter öffnet morgens das Verfahren – und es werden ihm zwei Bildschirmansichten gezeigt mit zwei Dashboards: Auf dem einen stehen anstehende Finanzaufgaben für den Tag. Zum Beispiel: Zehn Rechnungen fachlich und rechnerisch richtig zeichnen, für fünf Rechnungen die Mittelfreigaben erteilen etc. Auf dem anderen Dashboard sieht er auf einen Blick, wie viel vom Jahresbudget er bereits ausgegeben hat. Das Beste: Er muss dafür nicht Zahlen analysieren. Denn es wird ein anschauliches Ampelsystem geben. Grün bedeutet: Noch genügend Geld da. Orange bedeutet: Achtung, es ist mehr ausgegeben worden, als veranschlagt. Und Rot folglich: Sie überziehen gerade Ihr zugewiesenes Jahresbudget.

Das heißt, eine Finanz-Software wäre auch gleichzeitig eine Business-Intelligence-Lösung?

Ja, es hätte auch diese Komponente. Und das voll integriert in die klassischen Funktionen einer Finanz-Software. Außerdem sollte eine moderne Finanz-Software auch individualisierbare Dashboards ermöglichen, damit jeder nur das sieht, was ihn tatsächlich interessiert. Der eine Anwender braucht neben Balkendiagrammen auch genaue Tabellen mit Zahlen und Einzelbeträgen, der andere nur eine einfache Darstellung. Das Ganze sollte außerdem webbasiert sein, als SaaS-Angebot.

Welche Vorteile hätte eine webbasierte Finanz-Software?

Sie muss nicht aufwendig installiert werden. Und: Es fallen Downtimes bei Aktualisierung und Wartung weg. Und schließlich kann man die Anwendung von überall benutzen. Man braucht dafür lediglich ein internetfähiges Gerät und einen Internetanschluss. ■





*Innovationsstiftung Bayerische Kommune
veröffentlicht Gutachten*

MS Office 365 im kommunalen Einsatz



Dürfen Kommunen Microsoft Office 365 einsetzen, ohne dabei gegen Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung zu verstoßen? Die Frage scheint simpel, die Antwort darauf ist es jedoch nicht! Nicht umsonst ist dazu bislang keine offizielle Stellungnahme der Datenschutzkonferenz, des Gremiums der Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder, erfolgt.

Unter Experten herrscht bei Weitem keine Einigkeit im Spannungsfeld zwischen Gesetzeskonformität und dem nicht zu leugnenden Anwendernutzen, den der De-facto-Mark monopolist Microsoft möglich macht. Die Innovationsstiftung beabsichtigt daher, mit einem Gutachten Kommunen eine praktikable Handlungsempfehlung an die Hand zu geben.

Microsoft Office 365 ist dank komfortabler Funktionen und vieler Anschlussmöglichkeiten innerhalb mehrerer Software-Lösungen sehr beliebt. Ortsunabhängiges Arbeiten von jedem beliebigen Endgerät aus gewinnt auch bei Behörden und Verwaltungen immer mehr an Bedeutung. Einen zusätzlichen Nachfrageschub erfahren die Anwendungen aus dem Microsoft-Rechenzentrum in der gegenwärtigen Coronapandemie. Den eindeutigen Vorzügen des „Büropakets in der Cloud“ – so Microsoft – stehen jedoch triftige datenschutzrechtliche Bedenken gegenüber. Denn mit Blick auf das Datenschutzniveau der USA, den CLOUD-Act sowie die automatische Erhebung und Verarbeitung sogenannter Telemetriedaten der Endanwender ist die Nutzung von Microsoft Office 365 in Behörden durchaus kritisch zu beurteilen.

Diskussionen und Datenschutzfolgeabschätzungen

Seit Beginn der Diskussionen vor knapp zwei Jahren werden Risiken ausführlich in Datenschutzfolgeabschätzungen bewertet. Die Reaktion von Microsoft – ein Prüfschema und eine Transparenzinitiative – vermittelte zwar Orientierung und „good will“. Die Aufsichtsbehörden sahen sich jedoch bislang nicht in der Lage, die Frage nach der Vereinbarkeit von Datenschutz mit der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltungen zu wirtschaftlich hinnehmbaren Kosten eindeutig und final zu beant-

worten. Auch dort ist man sich bewusst, dass der Wechsel einer ganzen Behörde hin zu einem alternativen Cloud-Anbieter alles andere als ein Selbstläufer ist und erhebliche Ressourcen in einer Verwaltung bindet. Das Dilemma wird umso brisanter, sollte Microsoft seine Office-Anwendungen mit Einstellung der datenschutzsicheren „on-premise“-Alternative in einigen Jahren ausschließlich aus der Cloud anbieten.

Gutachten: „Ja, aber unter der Voraussetzung, dass ...“

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune gibt Kommunalverwaltungen, die unsicher sind, ob sie unter diesen Voraussetzungen Microsoft Office 365 einsetzen dürfen, Handlungsempfehlungen an die Hand. Professor Dr. Dirk Heckmann, Lehrstuhlinhaber für Recht und Sicherheit der Digitalisierung an der TUM School of Governance in München, befasst sich in seinem Gutachten mit dem oben geschilderten Zielkonflikt ausführlich. Seine Schlussfolgerung lautet: „Ja, aber unter der Voraussetzung, dass ...!“ Der Einsatz von Microsoft Office 365 ist unter strikter Einhaltung datenschutzfördernder Maßnahmen derzeit möglich. Gleichzeitig betont Heckmann, dass ein Einsatz nur einer vorübergehenden Duldung ohne jeglichen Investitionsschutz auf Seiten der Kommunen entsprechen könne. Maßgebliche Entwicklungen, vor allem Äußerungen der Datenschutzkonferenz oder – speziell auf Bayern bezogen – des Landesbeauftragten

für den Datenschutz, seien laut Heckmann aufmerksam zu verfolgen.

Eine empfehlenswerte Ergänzung zum Gutachten sowie ein Update zum Themenkomplex ist das Webinar von Prof. Dr. Dirk Heckmann, das er im Oktober 2020 auf dem virtuellen AKDB Kommunalforum gehalten hat. Kurzweilig und wissenschaftlich zugleich werden in dem Online-Vortrag mit dem Titel „DSGVO-konforme Nutzung von MS (Office) 365 für Kommunen: Rechtslage und Praxistipps“ eine Reihe konkreter Konfigurationshinweise für den Endanwender gegeben. Mit vergleichbar geringem Aufwand umgesetzt, sorgen diese für ein Mehr an Datenschutz. Das gesamte Rechtsgutachten sowie eine Aufzeichnung des Webinars können kostenlos abgerufen werden unter www.bay-innovationsstiftung.de/projekte.

Dass die Innovationsstiftung Bayerische Kommune mit der Umsetzung dieses Projekts das richtige Gespür für die Belange der Kommunen bewiesen hat, belegen Rekord-Downloadzahlen: Anfragen nach dem Gutachten erreichen die Stiftung aus dem gesamten Bundesgebiet, auch aus diversen Einrichtungen im öffentlichen Sektor. ■



INNOVATIONSSTIFTUNG
BAYERISCHE KOMMUNE

Ausblick

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) in Nürnberg überarbeitet derzeit seinen Prüfkatalog für Erhalt bzw. für Verlängerung des Siegels „Kommunale IT-Sicherheit“. Sobald der aktualisierte Prüfkatalog vorliegt, wird auch die Innovationsstiftung ihre Arbeitshilfe zur Erstellung und zum Betrieb von Informationssicherheitskonzepten schnellstmöglich anpassen, damit darüber weiterhin das Qualitätssiegel erhalten werden kann.



Auch das über 1.000 Jahre alte Schloss Saaleck gehört zu den 125 städtischen Gebäuden von Hammelburg.

„Uns gefiel, dass
die TERA-Programme
ineinandergreifen!“

Julia Keidel,
Facility Management
Stadt Hammelburg



Hammelburg nutzt die TERA Manager der AKDB

Alle Gebäude nur einen Klick entfernt

Das Bauamt im unterfränkischen Hammelburg setzt seit 2018 den TERA Objektmanager und seit 2020 den TERA Ressourcenmanager und den TERA Vertragsmanager ein. Jetzt ist auch der Gebäudemanager hinzugekommen. Damit sind Auftragsmanagement, Grundstücksverwaltung und Facility Management nun vollkommen digital. Wir haben mit Julia Keidel gesprochen, die im Bauamt zusammen mit ihren Kollegen für das Gebäudemanagement zuständig ist.

Zwischen Rhön und Saale gelegen, eingebettet zwischen waldigen Hügeln und endlosen Weinbergen, ist Hammelburg bekannt als die älteste Weinstadt Frankens. Man erzählt sich, dass in dem nahe gelegenen Schloss Saaleck bereits 777 nach Christus Wein gekeltert wurde. Weniger bekannt ist, dass das Schloss seit 1964 der Stadt gehört. Mit allem, was zum Unterhalt eines solchen alten Gebäudes dazugehört: Der Turm etwa wurde vor einiger Zeit umfassend renoviert und ist seitdem begehbar. Doch das Schloss ist nur eines von

circa 125 städtischen Gebäuden. Dazu gehören zwei Schulen, eine Dreifachturnhalle, Ortsvereine, Wohn- und Geschäftshäuser, ein Altenheim und diverse Kindergärten und -horte. Die Kosten sind entsprechend hoch. Allein die Bewirtschaftung aller städtischen Gebäude kostet 620.000 Euro im Jahr. Erfahrungsgemäß sind etwa 80 Prozent der Gesamtkosten, die eine Immobilie während ihres Lebenszyklus generiert, dem Gebäudebetrieb anzurechnen. Akkurate Wartungsplanung und perfekter Kostenüberblick sind also absolut essenziell.

In Hammelburg kümmert sich seit drei Jahren Innenarchitektin Julia Keidel mit weiteren Kollegen aus dem Bauamt um das Facility Management. „Als ich hier anfang, war die gesamte Dokumentation in Papierform. Es war also recht schwierig, sich einen Überblick zu verschaffen“, erinnert sie sich. „Wo sind die Verträge und Unterlagen? Wo wurde wann was gewartet? Das musste man sich mühsam aus Papierakten heraus-suchen.“ Der Entschluss stand schnell fest: Die Prozesse mussten digitalisiert werden. „Den Objektmanager und die E-Akte hatten

wir bereits 2018. Und auf der Hausmesse in Würzburg ließen wir uns den TERA Gebäudemanager zeigen.“

Komplett verzahnt: Auftragsverwaltung und Gebäudemanagement

„Uns gefiel, dass die TERA-Programme ineinandergreifen“, so Keidel. „Ich kann zum Beispiel mit dem Gebäudemanager direkt sehen, dass eine Tür im Rathaus gewartet werden muss, dann einen Auftrag erstellen und weiterleiten – intern an den Bauhof oder an einen externen Dienstleister. Der Auftrag landet dann beispielsweise per Klick im TERA Ressourcenmanager beim Bauhof. Die generierten Kosten werden auf die Haushaltsstelle verbucht, die ich im Gebäudemanager ausgewählt habe. Auch Wartungsverträge mit Dienstleistern, die im TERA Vertragsmanager angelegt sind, kann ich problemlos im TERA Gebäudemanager einsehen. Sie sind dem jeweiligen Gebäude zugeordnet.“

Aber das ist nicht alles: Schnittstellen gibt es auch zum TERA Objektmanager, in dem Sach- und Geodaten visualisiert sind. „Um auf das Beispiel mit dem Rathaus zurückzukommen: Aus dem Gebäudemanager heraus visualisiere ich über eine Verknüpfung zum Objektmanager auch, auf welcher Liegenschaft und welchem Flurstück sich das Rathaus befindet.“ Eine weitere Schnittstellenverknüpfung gibt es auch zum TERAwinn-BEL, der Software, mit der die Belegung vermieteter Objekte erfasst wird – wie im Fall von Turnhallen, die an Vereine vermietet werden. „Ich sehe also auch, ob die Halle belegt ist und wann. Das ist interessant, wenn ich Wartungsarbeiten in Auftrag geben will. Der Überblick, den wir damit erreichen, spart uns viel Zeit und Aufwand.“

Im stetigen Austausch mit der AKDB

Julia Keidel schätzt die Software noch aus einem weiteren Grund: „Die gesetzlichen Auflagen bei Sicherheit und Brandschutz werden immer strenger. Feuerlöscher, Klemmschutz an Türen, selbstschließende Türen oder Rauchabzüge. All dies muss permanent überwacht, gewartet und kontrolliert werden. Da kann man schon mal was vergessen. Die Wiedervorlage- und Erinnerungsfunktionen vom TERA Gebäudemanager möchte ich da nicht mehr missen.“

Auch die gesamte Dokumentation zu einem Gebäude ist selbstverständlich digital und wird in einer E-Akte abgelegt. Hier und da gibt es noch Änderungswünsche, gibt Julia Keidel zu. „Ich würde gerne bei der Auftragserteilung aus dem Gebäudemanager heraus gleichzeitig mehrere Bilder aussuchen, indem ich sie erst anklicke und dann in das Dokument einfüge. Und warum nicht auch Spielplätze mit dem Gebäudemanager verwalten? Die müssen ja auch gewartet werden.“ Das sind in Hammelburg 23. Julia Keidel steht diesbezüglich bereits im Austausch mit den Beratern der AKDB. ■



Datenschutz bei der Gemeinde Münsing

In 60 Tagen durch die DSGVO

Die am Ostufer des Starnberger Sees gelegene Gemeinde Münsing bricht alle Geschwindigkeitsrekorde: Innerhalb von nur zwei Monaten schloss die Kommune zusammen mit der GKDS die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung ab.

Münsing mit seinen etwa 4.300 Einwohnern wird erst seit September von der GKDS betreut. Hauptakteur dabei ist Hubert Kühn, langjähriger Geschäftsleiter und Kämmerer der Gemeinde – und seit 1.9.2020 auch Datenschutzkoordinator. Wir haben bei ihm einmal nachgefragt.

Herr Kühn, in beeindruckender Rekordzeit haben Sie die DSGVO mithilfe der GKDS-Arbeitspakete in Ihrer Kommune umgesetzt – neben Ihrer Geschäftsleiter- und Kämmerer-Tätigkeit. Wie haben Sie das geschafft?

KÜHN: Für unsere Gemeinde und für mich ist Datenschutz kein brandneues Thema, das erst seit Inkrafttreten der DSGVO umgesetzt wird. Schulungen und Wissensaustausch erfolgen bei uns regelmäßig. Außerdem entwickle ich den nötigen Ehrgeiz, offene Sachen schnell zu erledigen, um Nacharbeiten und lange Pausen zu vermeiden. Hier waren die vorausgefüllten Dokumente und die schnelle Reaktionszeit der GKDS sehr hilfreich. So bleibt man im Thema und beginnt nicht jedes Mal wieder von vorne.

Bestandteil des GKDS-Angebots ist eine digitale Mitarbeitersensibilisierung zum Thema Datenschutz. 95 Prozent

Ihrer Kollegen haben diese ebenfalls in Rekordzeit absolviert. Wie stehen Sie grundsätzlich dazu?

Organisatorisch sind die Vorteile einer digitalen Schulung nicht von der Hand zu weisen – insbesondere zu Coronazeiten. Die Online-Schulung der GKDS war einfach und logisch aufgebaut, der Organisationsaufwand gering. Grundsätzlich bevorzuge ich jedoch Präsenzschulungen. Der persönliche Kontakt, auflockernde Praxisbeispiele – so etwas lässt sich digital nur schwer ersetzen.

Wie empfinden Sie die Zusammenarbeit mit der GKDS? Was erhoffen Sie sich für die Zukunft?

Neben der pragmatischen und zügigen Umsetzung der DSGVO-Anforderungen sticht der persönliche Kontakt der freundlichen und kompetenten GKDS-Mitarbeiter heraus. Die respektvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe hinterlässt das positive Gefühl, den Datenschutz in gute Hände gelegt zu haben. Die Angst vor dem „Damoklesschwert DSGVO“ wird einem genommen. Diese gute Zusammenarbeit erhoffe ich mir auch für die Zukunft. ■



Die Brunnen-skulptur erinnert an den Badewannen-sketch von Münsings Ehrenbürger Lorient.

„Die Angst vor dem ‚Damoklesschwert DSGVO‘ wird einem genommen.“

Hubert Kühn, Geschäftsleiter und Kämmerer der Gemeinde Münsing





**SOLLTE
HÄTTE
KÖNNTE
WÜRD
MACHEN!**

„Mein Herz gehört dem Team!“

Interview mit Dr. Christina Schanzleh, Konzeptorin und Moderatorin für Lean-Start-up-Projekte

Erst seit Mai 2020 arbeitet Dr. Christina Schanzleh bei der AKDB. Sie unterstützt interdisziplinäre Teams bei der Erarbeitung neuer Lösungen. Dabei wendet sie lean & agile Methoden an, die man sonst von jungen Unternehmen kennt. Denn sie ist überzeugt: Auch in einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen schlägt ein Start-up-Herz ...

Frau Dr. Schanzleh, was war Ihr Job, bevor Sie zur AKDB gekommen sind?

SCHANZLEH: Ich habe viele Jahre beim Langenscheidt Verlag gearbeitet. Zuletzt als stellvertretende Leitung des Produktmanagements und als Programmleiterin für die Bereiche Sprache, Geschenkbuch und Lifestyleprodukte.

Das klingt wie eine völlig andere Welt als die, in der die AKDB beheimatet ist. Was hat Sie gereizt, bei der AKDB anzufangen?

Klar handelt es sich um ganz unterschiedliche Branchen, aber das Bindeglied ist die nutzerzentrierte Produktentwicklung. Im Verlag ging es auch um die Entwicklung von Apps, Lernplattformen, Software. Das heißt, agile Arbeitsweisen und Lean-Methoden kann ich eins zu eins übertragen. Und natürlich sind auch die operative Teamarbeit

in crossfunktionalen Teams sowie das Heranführen von Pilotgruppen an neue Methoden und Prozesse ein sehr vertrautes Terrain.

Was mir ganz besonders an der Stellenbeschreibung bei der AKDB gefallen hat? Die gesellschaftliche Relevanz der Dienstleistungen und Produkte. Kurz: die Sinnhaftigkeit der Aufgabe.

Ihre Position gab es bei der AKDB bisher noch nicht. Wie sieht Ihr Alltag aus?

Ich bin Teil eines interdisziplinären Teams und wir arbeiten nach lean & agile Methoden. Als zertifizierte Scrum-Masterin nehme ich die Rolle der Moderatorin ein. Ich gebe dem Team Struktur und bringe Methodenkompetenz ein, aber auch konzeptionelle Kreativität und inhaltlichen Input. Und natürlich gibt es auch in meinem Arbeitsalltag organisatorische Dinge: ▶



„Ich liebe es, an allen Faktoren beteiligt zu sein, die dafür sorgen, dass ein Team erfolgreich zusammenarbeitet.“

Dr. Christina Schanzleh

Ich bereite Präsentationen vor, schreibe Dokumentationen, mache Schulterblicke und Ausblicke: Was haben wir erreicht, was haben wir dabei gelernt, was machen wir als Nächstes?

Wie viele Teams betreuen Sie zurzeit?

Im Moment bin ich in einem Team fest verankert. Wir arbeiten aktuell an einer digitalen Collaboration-Lösung. Das Projekt werde ich sechs Monate begleiten. Dann sollte die Entscheidung stehen, ob die Produktidee bis zur Marktreife weiterentwickelt wird. Das passiert dann ohne mich. Denn ich begleite dann schon das nächste Team.

Und was mögen Sie an Ihrer Aufgabe besonders?

Ganz klar, mein Herz gehört dem Team! Ich liebe es, an allen Faktoren beteiligt zu sein, die dafür sorgen, dass ein Team erfolgreich zusammenarbeitet. Dazu gehört ein gutes Zusammenarbeiten auf der persönlichen, aber auch auf der fachlichen und der strategischen Ebene. Und natürlich darf dabei der Spaß nicht zu kurz kommen.

Teamwork in Coronazeiten: Wie geht das?

Wir tauschen uns über alle Kanäle aus und sehen und hören uns jeden Tag. Wir nutzen Go to Meeting, den Chat, telefonieren

oder schreiben auch mal eine WhatsApp. Und dreimal die Woche treffen wir uns ganz analog im Digital Lab der AKDB, um auch den persönlichen Bezug zueinander zu pflegen. Rein organisatorisch arbeiten wir mit einem Kanban-Board, analog und digital. Und mit Post-its in allen Farben und Formen.

Beschreiben Sie sich in drei kurzen Adjektiven.

Ich bin extrovertiert, ich liebe Teamarbeit und bin „integrativ“, binde also gerne Menschen ein, und ich bin zupackend. Nach dem Motto: nicht nur reden, sondern machen.

Und wenn Sie nach einem Tag voller Teamwork nach Hause kommen, worauf freuen Sie sich am meisten?

Im Sommer auf meinen Garten und mein Hochbeet. Ich finde es toll, mir mein Abendessen frisch aus dem eigenen Beet zu ziehen. Im Winter genieße ich auch gemütliche Abende mit einem heißen Bad, einem Glas Rotwein vorm Holzofen oder meiner Lieblingsserie.

Auf die einsame Insel nehme ich mit ...

Natürlich meinen Mann. Auch aus ganz pragmatischen Gründen. Denn er ist zu Hause für die Küche verantwortlich. Sonst würde ich verhungern. ■



Dr. Christina Schanzleh hat an der Uni Passau nach einem Doppelstudium (Lehramt und Magister) in französischer Sprachwissenschaft promoviert. Bevor sie im Mai 2020 bei der AKDB anheuerte, war sie in verschiedenen Verlagen tätig, zuletzt als Teamleiterin und Programmleiterin.

Sie findet, nur im Team kommen wirklich großartige Produkte zustande. Und wenn die auch noch der Gesellschaft dienen, dann schlägt ihr Produktentwicklerinnenherz höher.

Lesen Sie im nächsten REPORT unter anderem ...

... über die Digitalisierungsstrategie der Gemeinde Münchberg in Oberfranken. Zusammen mit dem Competence Center Digitalisierung der AKDB hat Münchberg Schritt für Schritt ein nachhaltiges Digitalisierungskonzept entworfen. Und so die Weichen für die eigene digitale Zukunft gestellt.



... über den TERA Vertragsmanager in der VG Pastetten, den die oberbayerische Verwaltungsgemeinschaft im Oktober eingeführt hat. Seit sämtliche Verträge digitalisiert wurden, hat das Wälzen von Ordnern ein Ende. Keine Kündigungsfrist geht mehr verloren. Selbst das Vertragsscreening nach § 2b UStG ist möglich.

... über 50 Jahre AKDB. Vor einem halben Jahrhundert wurde die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern gegründet. Pünktlich zum Jubiläum hat sich die AKDB grundlegend erneuert: organisatorisch und im Erscheinungsbild. Lassen Sie sich überraschen, wie sich die AKDB fit für die nächsten 50 Jahre macht!



Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
33. Jahrgang, Heft 03|2020

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80686 München
Tel.: 089 5903 0, E-Mail: presse@akdb.de

Herausgeber

Rudolf Schleyer
Geschäftsführender Direktor, Tel.: 089 5903 1750
E-Mail: rudolf.schleyer@akdb.de

Redaktion

Wolfram Weisse (verantwortlich)
Tel.: 089 5903 1516
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de
Andreas Huber, Tel.: 089 5903 1294
E-Mail: andreas.huber@akdb.de
Susanne Schuster, Tel.: 089 5903 1891
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de
Claudia von der Brüggen, Tel.: 089 5903 1835
E-Mail: claudia.brueggen@akdb.de

Konzept & Design

balleywasl.muenchen GmbH

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos.

Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB. ©2020 AKDB

Bildnachweise: Titelbild: iStock/sqback (Haus), iStock/Artur Didyk (Frau macht Yoga), iStock/Zinkevych (Dame vor Laptop), iStock/eclipse_images (Junge malt), iStock/svetikd (Mann vor Computer), iStock/Kiwis (Büro), iStock/YakobchukOlana (Frau in Bademantel), Seite 3: AKDB, Seite 4: AKDB, Seite 5: iStock/Balexnd (links oben), iStock/izusek (rechts oben Mann), iStock/krkt (rechts oben Grafik New York), iStock/akinbostanci (mitte links), Seite 6: iStock/Royalty Free (Deutschlandkarte), iStock/ojogabonitoo (Pfeil), Seite 7: iStock/Gearstd (rechts oben), AKDB/Christian Licha (unten), Seite 8/9/10: AKDB, iStock/ljes2ufoto (Tablet) Seite 12: iStock/laflor (Frau), iStock/Kateryna Novokhatnia (Wappen), Seite 13: iStock/brankokosteski (Mann oben), iStock/fizkes (Mann unten), Seite 14/15: iStock/MarioGuti (Frau im Auto), iStock/Picsfive (Blatt Papier), iStock/nadla (Hintergrund), Seite 16: iStock/Balexnd (links oben), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Porträt), Seite 18: iStock/akinbostanci, Seite 19: Adobe Stock/mykolastock (oben), Gemeinde Johannesburg (zweites von oben), Stadt Töging a. Inn (drittes von oben), Adobe Stock/sawitreelyaon (unten), Seite 20: iStock/nito100, Seite 21: iStock/Vasyl Dolmatov (oben), iStock/gpointstudio (links), iStock/stormwatch153 (Mitte), Seite 22/23: AKDB, Seite 24/25: AKDB/roosi GmbH/Steffen Kleinmanns, Seite 26: iStock/SolStock, Seite 27: AKDB/Brüggen Claudia (Porträt), Seite 28: iStock/izusek (Mann), iStock/krkt (oben Grafik New York), Seite 30/31: Stadt Hammelburg, Seite 32: Gemeinde Münsing, Seite 33/34: AKDB, Seite 35: Stadt Münchberg (links), iStock/OstapenkoOlana (mitte), iStock/Oleh Svientiukha (rechts), Seite 36: AKDB

AKDB

Die AKDB
wünscht Ihnen
und Ihrer Familie
schöne Feiertage und
ein glückliches,
gesundes neues
Jahr!



Heute geh
ich aufs Amt!



**Deine Verwaltung.
Nur einen Klick entfernt.**

Machen Sie Ihr Bürgerservice-Portal noch bekannter. Mit kosten-
losen Vorlagen für Anzeigen, Plakate, Flyer und Online-Banner.

www.akdb.de/heute-geh-ich-aufs-amt